

## **Beschluss der LDK am 15. Nov. 2003 in Oldenburg**

### **Hochschulpläne von CDU und FDP wider besseres Wissen**

### **Haushaltslöcher nicht mit Bildungslücken schließen**

Für den Nachtragshaushalt 2003 mussten von den Hochschulen 20,5 Millionen Euro erbracht werden, im Jahr 2004 werden sie mit weiteren Einsparforderungen in Höhe von 40,6 Millionen Euro konfrontiert. Aktuell studieren rund 155.000 Menschen in Niedersachsen, davon knapp 45.000 an Fachhochschulen. Rund 34.000 Menschen sind hauptamtlich im Hochschulbereich beschäftigt. Die angekündigten Kürzungen bedeuten umgerechnet den Wegfall von ca. 1.000 Stellen (und dies nicht, wie behauptet wird im Verwaltungsbereich, sondern beim wissenschaftlichen Personal), entsprechend wird die Zahl der Studienplätze insgesamt zurückgehen müssen.

### **Zurück in die Zukunft?**

Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Sie entscheiden über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, denn kein anderer „Rohstoff“ wird zukünftig so begehrt sein wie der „Rohstoff Wissen“. Die drastischen Kürzungen im Hochschulbereich zur Gegenfinanzierung von Verbesserungen bei der Lehrerversorgung zeugen deshalb vom kurzsichtigen Bildungsverständnis der neuen Landesregierung. Den Versuch der CDU/FDP-Landesregierung Bildung gegen Bildung auszuspielen weisen wir zurück.

Das aktuelle Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) führt Niedersachsen im Bundesvergleich auf Platz 9. Das ist weniger als mittelmäßig. Im Vergleich zum vorhergehenden Forschungsranking haben die niedersächsischen Hochschulen bei der jüngsten Erhebung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) stark abgebaut. Diese Daten belegen, dass es um die Fachhochschulen und Universitäten schlecht bestellt ist. Aber auch andere Schwierigkeiten belasten die Hochschulen und Studierenden: Hohe Abbrecherquoten (teilweise bis zu 70%), qualitative Schwächen in Forschung und Lehre, am Bedarf vorbeigehende Studienangebote (z.B. zu wenige Fachhochschulplätze), unproduktive Mehrfachangebote und eine Vielzahl zu kleiner und ineffektiver Standorte belegen den erheblichen Veränderungsbedarf im Hochschulbereich.

### **Der Hochschulstandort Niedersachsen darf nicht kaputt gespart werden**

Der rigide Sparkurs der Landesregierung nimmt den Hochschulen jedoch jeden Handlungsspielraum für Veränderungen. Nicht das von Wissenschaftsminister Stratmann propagierte „intelligente Sparen“ bestimmt derzeit die Haushaltsentscheidungen der Hochschulen, sondern der hohe Personalkostenanteil von ca. 80% in deren Etat: Nur in diesen Bereichen lassen sich die geforderten Summen ansatzweise und dauerhaft erwirtschaften. Aus diesem Grund sehen sich die Hochschulleitungen gezwungen, jede frei werdende Stelle zu streichen und jede Berufung zu verschieben. Hochschulentwicklung wird so zu einer Mischung aus Fluktuation und Demographie. Fachliche Erwägungen, qualitative Entwicklungen und die Behebung von (auch finanziellen) Fehlsteuerungen bleiben auf der Strecke. Die daraus erwachsenen Folgen für die niedersächsische Hochschullandschaft sind unabsehbar.

## **Bündnis 90/Die Grünen wollen diese Entwicklung stoppen.**

### **Wir fordern von der Landesregierung**

- die Rücknahme der Kürzungen im Hochschulbereich
- die Ausarbeitung eines Hochschulentwicklungsplans, in dem die Ziele der zukünftigen Hochschulpolitik benannt sind und der zur Grundlage für alle Entscheidungen wird
- die Einführung der leistungsbezogenen Vergabe der Hochschulmittel.

Wenn in die Struktur der Hochschullandschaft eingegriffen werden soll, dann muss dies nach klar nachvollziehbaren Qualitäts- und Effizienzkriterien geschehen. Hochschulstandorte wie Buxtehude und Nienburg zu schließen, während gleichzeitig der seit Jahren mit Abstand am schlechtesten evaluierte Standort Vechta in nahezu vollem Umfang aufrechterhalten wird, ist hochschulpolitisch nicht nachvollziehbar.

Zu einem transparenten und gleichberechtigten Prozess der Hochschulentwicklung gehört Planungssicherheit. Die anstehenden Veränderungen sind nicht binnen eines Jahres umzusetzen, die Hochschulen müssen wissen, wie viel Geld ihnen jedes Jahr zur Verfügung stehen wird. Hochschulentwicklung je nach Kassenlage lehnen wir ab. Auch die Abschöpfung versprochener Zuwendungen durch die Landesregierung, wie dies in diesem Jahr mit den Langzeitstudiengebühren geschehen ist, darf nicht fortgesetzt werden. Im Gegenzug sehen wir die Hochschulen verpflichtet, Effizienzreserven künftig auszuschöpfen.

### **Chancengleichheit ist ein wichtiger Eckpfeiler Grüner Hochschulpolitik**

Wenn sich immer mehr Menschen immer mehr und weiter bilden müssen, dann kostet dies Geld. Die Frage ist, wer sich mit welchen Anteilen und mit welchem Ziel an Investitionen in Bildung beteiligt. Angesichts der Haushaltslage in Niedersachsen kann nicht davon ausgegangen werden, dass dem Hochschulbereich landesseitig mehr Mittel zufließen werden. Und nicht zufällig kommen in Zeiten sich verringernder staatlicher Zuwendungen Rufe nach Studiengebühren auf. Dieser Debatte müssen wir uns stellen, weil sie vermutlich verkürzt Studierendenbeiträge als Ausfallsummen für versiegende staatliche Zuwendungen das Wort redet. Dies lehnen wir ab. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit, das System der Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich, aber auch darüber hinausgehend zu überdenken. Mit dem BAFF (Bundesausbildungsförderungsfond) haben wir bereits vor Jahren ein detailliertes Reformmodell vorgelegt, das auf der einen Seite Studierenden eine elternunabhängige, zeitlich und finanziell begrenzte Förderung zusichert und auf der anderen Seite von allen ehemals Geförderten einen nachgelagerten, einkommensabhängigen Beitrag nach dem Vorbild der Sozialbeiträge einfordert. Mit dem BAFF ist ein erster Grundstein gelegt, um für die anstehenden Auseinandersetzungen mit den besseren Konzepten gewappnet zu sein.

### **Wir brauchen einen Hochschulentwicklungsplan für Niedersachsen**

Dass die CDU/FDP-Landesregierung den ohnehin im Bundesvergleich schwachen Hochschulstandort Niedersachsen weiter demontiert, ist nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Hochschulpolitik ein, die sich wieder an den sachorientierten Notwendigkeiten und Bedarfen im Bildungssystem orientiert (steigende Studierendenzahlen, steigender Bedarf an Fachhochschulplätzen, Ausbau der Qualität in Lehre und Forschung) und nicht länger zum Steinbruch einer konzeptionslosen Sparpolitik verkommt. Sachfremde Kriterien wie Wahlkreisinteressen oder politische Opportunität haben in der Hochschulpolitik nichts zu suchen.